

# Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Ersteinst wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.  
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II  
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreizehnpf. Postzeitung 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-  
herg. Bedingeneinsendung auf Postfach 11502, Post-  
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

## Das Sündenregister des deutschen Finanzkapitals

Der Kredit ist der Lebensnerv der modernen Wirtschaft, ohne den die Unternehmungen selbst für kurze Zeit nicht geführt werden können. Der Zusammenbruch des Kreditgebäudes hat die Erschütterung des ganzen Wirtschaftsgebäudes zur Folge. So ist der Zusammenbruch einer deutschen Großbank mit seinen unübersehbaren Folgen eine Wirtschaftskatastrophe größten Ausmaßes. Für den Staat entsteht ein Zwang zum Eingriff, um das Kreditystem selbst mit größten Opfern zu retten, wenn die Wirtschaftstätigkeit nicht lahmgelegt werden soll.

Die Bankleitungen werden sich bemühen, sich als Opfer einer unheilvollen Wirtschaftsentwicklung hinzustellen, Wirtschaftskrise und Reparationsleistungen für ihr Schicksal verantwortlich zu machen. Sie werden von einer großen Presse, die ihre Einkünfte in nicht geringem Teil aus den Interaten der Banken zieht, lebhaft unterstützt werden. Für die Bankenkatastrophe sind sicherlich nicht die Banken unmittelbar verantwortlich. Vor allem waren sie in den letzten Wochen gegen den Ansturm der ausländischen und der inländischen Kapitalbesitzer ohnmächtig. Diese Tatsache enthebt uns jedoch nicht von der Aufgabe, zu prüfen, auf welche Weise die Banken an der Herabbeschränkung der Kreditkatastrophe durch ihre Geschäftsführung und noch mehr durch ihre allgemeine und Wirtschaftspolitik die Schuld tragen. Diese Untersuchung muß nicht allein die Ereignisse der letzten Wochen, als die Banken selbst nicht mehr die Schieber, sondern die Gefohlenen waren, berücksichtigen, sondern auf frühere Zeiten zurückgreifen und die Bankpolitik der Nachkriegszeit im Zusammenhang betrachten. Eine solche Prüfung führt zwangsläufig zum Ergebnis, daß das deutsche Finanzkapital, weit davon entfernt, seiner volkswirtschaftlichen Funktion zu genügen, in dieser ganzen Periode des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft verlagte und für die Schärfe der gegenwärtigen Wirtschaftskrise zu nicht geringem Teil verantwortlich ist. Die Rolle des deutschen Finanzkapitals war eine viel verhängnisvollere als die des internationalen Finanzkapitals.

Wir finden das Bankkapital in Deutschland mit an der Spitze der sozialen Reaktion, die die gewaltigen politischen Spannungen, die gegenwärtig in Deutschland vorherrschen und die auch zum Teil für die große Kreditkrise verantwortlich sind, hervorriefen. Das Bankkapital blieb an Scharfmacherum hinter der Großindustrie und hinter dem Großgrundbesitz nicht zurück. So grotesk und für naive Gemüter so unverständlich es auch erscheinen mag, haben die Banken der nationalsozialistischen Reaktion bei den Wahlen und auch früher schon ihre reichlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt, was im übrigen auch dafür zeugt, daß die Banken vor der Schwindelpropaganda der Nationalsozialisten gegen das „jüdische Bankkapital“ und für die „Bruchung der Finanznechtheit“ keine Angst hatten, sie vielmehr die Nationalsozialisten als Stoßbrigade zum Schutz der kapitalistischen Unternehmer und zur Förderung der sozialen Reaktion gleich zu durchschauen verstanden.

Wieso gerieten die Großbanken so vollständig in den Bann der sozialen Reaktion? War es einfache Verblendung oder verbirgt sich hinter dieser Haltung eine zwangsläufige Entwicklung, der das deutsche Finanzkapital erlag? Den Schlüssel für das Verständnis dieser Entwicklung gibt die vollkommene Verflechtung der Großbanken mit der Großindustrie, vor allem mit der Schwerindustrie, die als Ergebnis des Machtkampfes zwischen Bank- und Industriekapital zustande kam. Während der Inflationszeit gerieten die Banken unter die Herrschaft der Groß-

industrie. In dieser Periode trat die völlige Unfähigkeit der Bankleiter zur Wahrnehmung der volkswirtschaftlichen, ja ihrer eigenen Interessen deutlich hervor. Waren es doch in dieser Zeit die Banken selbst, die die Inflation gefördert und gestützt haben, ohne es rechtzeitig bemerkt zu haben, daß sie damit sich selbst das Wasser abgruben. In dessen waren sie vom Inflationsstauel noch rechtzeitig erwarnt, rechtzeitig zwar nicht zur Rettung der Volkswirtschaft, sondern allein für die Einholung eines Teils ihrer Inflationsverluste. Die Kapitalien, die sie im letzten Abschnitt der Inflationszeit gehamstert haben, wie die Verfügung über die stark zusammenschmolzenen Kapitalien der Volkswirtschaft verfallen den Banken nach der Stabilisierung der Währung, als die Industrie von Betriebsmitteln entblößt war, zu einer herrschenden Stellung über die Industrie. In diesem Zeitraum nahmen die Banken die Führung der Industrie in die Hand, legten Betriebe still, erzwangen gewaltige Zusammenschlüsse und legten so neu die Grundlagen für gewaltige Konzernmächte. Für die Mißbräuche der Kartellwirtschaft, für die Kapitalfehlleitungen und das überstürzte Tempo der Rationalisierung sind die Banken, die der Ausbeutung der Wirtschaft durch die Kartelle Vorschub leisteten, indem sie Kartellgründungen erzwangen und die kartellierten Unternehmungen auf Kosten der anderen mit Krediten versorgten, miterantwortlich. Derart entstand eine unfehlbare Verflechtung zwischen Bank- und Industriekapital nicht auf Grund einer direkten Beherrschung von Industrieunternehmungen durch das Bankkapital, wie z. B. in Österreich, wo die kürzlich zusammengebrochene Kreditanstalt die Unternehmungen selbst besaß, sondern durch bevorzugte Kreditversorgung und Teilnahme im Aufsichtsrat der Industrieunternehmungen. So haben die Banken die Ueberversorgung der Monopolwirtschaft und die Unterversorgung der nicht monopolistischen, vor allem der mittleren und kleinen Industrie, sich zuschulden kommen lassen. Soweit sie anderen als monopolistischen Unternehmungen Kredit gaben, war nicht die Lebensfähigkeit der Betriebe, noch weniger freiwillig die volkswirtschaftliche Nützlichkeit der Kredite der maßgebende Gesichtspunkt. Vielmehr waren auch bei diesen Krediten wie bei denen für das Großkapital vor allem persönliche Beziehungen, außerdem aber die Fähigkeit, ausreichende Sicherheiten (Pfänder) stellen zu können, entscheidend. Vermögen, Verbürokratisierung und der vollständige Mangel der Anpassungsfähigkeit an die veränderten Bedingungen der Wirtschaft kennzeichnen die Tätigkeit der deutschen Banken. Zudem versagten sie völlig in der Kontrolle jener Unternehmungen, denen sie Kredite gaben und in deren Aufsichtsräten sie saßen. Die Fälle Fawag, Karstadt, Einoseumstruß, Nordwolle, um nur die schwerwiegendsten zu nennen, die das Vertrauen zur Kreditfähigkeit Deutschlands untergruben, sind Beispiele für das absolute Versagen der deutschen Banken, deren Direktoren im Aufsichtsrat der Industrieunternehmungen die fetten Lantienen in die Tasche steckten, ohne sich um die Angelegenheiten der ihnen anvertrauten Unternehmungen zu kümmern. Außer diesen industriellen Lantienen ließen sich die deutschen Bankdirektoren Gehälter und Lantienen bewilligen, die in dieser Höhe selbst bei den größten Banken der reichsten Länder nicht im entferntesten gezahlt werden und selbst in den kapitalistischen Kreisen des Auslandes schon seit Jahr und Tag Anstoß erregten.

Haben die Banken die ihnen anvertrauten Kapitalien der Volkswirtschaft schlecht verwaltet, so tragen sie auch für die Schwierigkeiten des Kapitalmarktes,

für das mangelnde Angebot auf dem Kapitalmarkt zu nicht geringem Teil die Verantwortung. Daß der Aktienmarkt bereits vor Ausbruch der Krise völlig verödet war und daher die Unternehmungen nicht in der Lage waren, sich Anlagkapital durch Aktien zu beschaffen, obwohl diese Art der Kapitalbeschaffung die sicherste und die billigste ist, dafür trifft neben den Industrieunternehmungen auch das Bankkapital die Schuld. Die völlige Entwertung der Aktionäre und die Verewigung der Macht der Industrieverwaltungen mit Hilfe von Mehrstimmrecht und anderen Methoden, wurde von den mit den Verwaltungen des Industriegrößkapitals verschwägerten Banken stark unterstützt. Auch haben sie der Irreführung der Öffentlichkeit seitens der Industrieunternehmungen durch falsche Berichte und falsche Bilanzen Vorschub geleistet, zumindest waren sie stets mit der Verhüllungspolitik, die letzten Endes mit ein wichtiger Grund für die Erschütterung des Vertrauens zur deutschen Wirtschaft im In- und Ausland ist, einverstanden. — Zum nicht geringen Teil tragen die Banken auch die Schuld dafür, daß die deutsche Wirtschaft mit langfristigen Auslandsanleihen, zu einer Zeit als solche noch zu günstigen Bedingungen zu haben waren, nicht versorgt wurde und statt dessen die Verborgung vorwiegend mit kurzfristigen Auslandskrediten erfolgte, obwohl es nicht erst zum gegenwärtigen Zusammenbruch kommen mußte, damit die Gefahren der kurzfristigen Finanzierung einem jeden klar werden sollten. In dessen haben die Banken mit ihrem ganzen Einfluß die wüste Hege gegen die öffentliche Wirtschaft mitgemacht und verhindert so die Verborgung der öffentlichen Wirtschaft mit langfristigen Auslandskapitalien. Diese mußte dann den inländischen Kapitalmarkt in Anspruch nehmen, was die langfristige Kapitalverborgung der privaten Wirtschaft erschwerte, um von allen anderen Schwierigkeiten, die diese schädliche Politik heraufbeschwor, zu schweigen. Die Rolle der Politik heraufbeschwor, zu schweigen. Die Rolle der Kapitalmarkt bedarf ebenfalls dringend der Klärung. Die Banken verfügen über gewaltige Auslands Guthaben. Im Ausweis des letzten Berichts der Reichskreditgesellschaft wurden diese Guthaben für Ende 1930 mit nicht weniger als 3,1 Milliarden Mark ausgewiesen. Als nun das Ausland in den letzten Wochen seine Kredite kündigte, mußte die Reichsbank ihren Geld- und Devisenvorrat hergeben, da die Banken angeblich nicht in der Lage waren, über jene gewaltigen Auslands Guthaben zu verfügen. Diese Guthaben sollten nämlich Fluchtgelder darstellen, die in Wirklichkeit nicht den Banken, sondern anderen Kapitalbesitzern gehörten, deren Fluchtgelder die deutschen Banken verwalteten.

In ihrer ganzen Jämmerlichkeit zeigte sich die Unfähigkeit der Bankleitungen zur Beurteilung der Lage noch bei der letzten Bankiertagung. Vor etwa zwei Wochen, als bereits durch Abzug von Auslands Geldern das deutsche Kreditwesen erschüttert war, haben dort führende Bankiers den Mund vollgenommen mit der Behauptung, Deutschland bedürfe in Zukunft weder lang- noch kurzfristiger Auslandskredite! Bald darauf mußte der Reichsbankpräsident im Ausland Kundfahrten machen, um zur Rettung dieser Banken um Kredite zu betteln.

Jetzt sollen nun diese selben Banken, die so kläglich versagten, selbst mit größten Opfern der gesamten Bevölkerung gerettet werden. Auch hier wieder die „Sozialisierung der Verluste“. In dessen muß die Frage laut und immer lauter gestellt werden, ob es dabei sein Bewenden haben soll? Die privaten Banken sind für eine Sozialisierung völlig reif. In der Kredittheorie wird es kaum be-

stritten, daß die Vereinheitlichung und die Sozialisierung des Bankwesens gegenüber Zersplitterung und Privatbesitz die größten Vorteile bietet. Die vereinheitlichte Staatsbank vermag den Kredit zu verbilligen, ermöglicht die Ausdehnung der Kredite und vor allen Dingen vermag sie in Krisenlagen eine unergiebiglich größere Widerstandsfähigkeit aufzuweisen als die zersplitterten Privatbanken. Gegen die Sozialisierung der Banken konnte nur der Einwand gemacht werden, daß das ausländische Kapital, das selbst privatwirtschaftlich eingestellt ist, ein größeres Vertrauen in private Banken als in eine Staatsbank habe, obwohl hinter dieser nicht nur Aktienkapital und Reserven, sondern auch die ganze Steuerkraft der Bevölkerung steht. Nachdem aber die privaten Banken täglich verfallen, muß dieser Einwand wegfallen. Deshalb glauben wir, daß die Parole für die Sozialisierung der Banken ausgegeben werden muß. Sollten die Machtverhältnisse die Sozialisierung der Banken in kurzer Frist nicht gestatten, so ist die Mindestforderung eine scharfe staatliche Kontrolle der Banken unter Beteiligung der Organe der Arbeiterschaft, die die Folgen der Krediterschlüpfung mit ihrer Verantwortung bezahlen muß. Es darf nicht möglich sein, daß die Bevölkerung für die Banken die größten Opfer bringt und sonst alles beim alten bleibt.

A. S.

### Aus der Waggonindustrie.

Die wirtschaftliche Krise hat sich naturgemäß auch auf die Waggonindustrie ausgewirkt. Sie ist um so schwerer, als der Staat und die Gemeinden in erster Linie Auftraggeber sind, selbst aber an Geldknappheit leiden. Die leinerseit eingelezte Summe für Neuanfassungen ist nicht im entferntesten eingelezt worden, so daß die Wirtungen sich jetzt stark bemerkbar machen und die Gefahr vorliegt, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt überhaupt keine Aufträge mehr vorliegen.

In dieser Situation hat der deutsche Metallarbeiter-Verband an den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft eine Denkschrift gerichtet, in der unter Bezugnahme auf sechs namentlich angeführte Firmen auf die gefährdrohende Lage hingewiesen wird. Es wird darauf verwiesen, daß hundtousende Waggonen überaltert sind und eine Erneuerung und Modernisierung der Fahrzeuge unbedingt erforderlich ist, wenn der Wettbewerb mit den Personen-Automobilen und Güterkraftwagen erfolgreich sein soll. Es wird weiter festgelegt, daß innerhalb der Arbeiterschaft eine ungeheure Beunruhigung herrsche und sie den Inflationen der Reichsbahn vorwerfe, daß sie allgemein verlagte haben.

Als gangbare Wege zur Finanzierung der Aufträge werden geeignete Maßnahmen der Reichsregierung und der beteiligten Industrie gefordert. Die regulären Einnahmen der Reichsbahn sollen herangezogen werden und dann wird auf das Weltmarktforum verwiesen, welches ebenfalls zur Finanzierung beitragen sollte.

Wir können uns den Forderungen des DMB, der führenden Organisation im Waggonbau, nur anschließen.

### Die Arbeiterbank in der Geldkrise.

Die allgemeinen Störungen auf dem Kapitalmarkt haben in Deutschland zu einer außerordentlich schweren Zahlungsmittelkrise geführt. Diese wiederum hatte im Gefolge einen Ansturm der Sparer auf die Kassen der Banken und Sparinstitute. Es ist menschlich begreiflich, wenn die Teile der noch in Arbeit stehenden Bevölkerung, die sich zu Anschaffungen oder als Notgroschen für kommende Arbeitslosigkeit etwas Geld zusammengeparnt haben, es mit der Angst bekommen. Vielfach sind es dieselben Kreise, die schon einmal während der Inflationszeit um ihr Ersparnis betrogen worden sind. Jeder plötzlich einsetzende Sturm auf die Sparkassen muß zu Störungen führen. Die Sparkassen müssen die Spareinlagen verwalten. Sie können das nur dann, wenn sie den größten Teil der eingezahlten Gelder in Form von Darlehen, Hypotheken usw. ausleihen, haben also nur einen bestimmten Prozentsatz der Einlagen bar zur Verfügung. So mußte es denn kommen, daß selbst gutbesetzte Sparkassen nicht in der Lage waren, den einsetzenden Ansturm reiflos zu befriedigen.

Um so erfreulicher ist es, daß die Arbeiterbank am 13. Juli, dem ersten Tag des Ruins auf die Banken und Sparkassen, alle Anforderungen an Auszahlungen der Guthaben, und zwar in voller Höhe, hat erfüllen können. Die seither ergangenen einschlägigen Notverordnungen legen natürlich auch der Arbeiterbank Verpflichtungen auf, die vom Kunden unannehmbar empfunden werden und in vielen Fällen ungerechtfertigter Weise der Arbeiterbank zur Last gelegt werden.

Wir erfüllen einen Akt der Solidarität, wenn wir bei dieser Gelegenheit auch der Sparkassen unserer Konjunktionsgenossenschaften gedenken. Auch hier waren die Leitungen fast ausnahmslos bestrebt, den Wünschen der Mitglieder auf Rückzahlung der Spareinlagen gerecht zu werden. Dort, wo nicht schnell genug ausreichende Barmittel aufgetrieben werden konnten, hat man vielfach ausbilligweise den bargeldlosen Verkehr eingeführt und größere Einkäufe auf die Sparguthaben der Mitglieder verrechnet.

Niemand kann zurzeit mit völliger Bestimmtheit sagen, wann die Geldkrise behoben sein wird, doch dürfte nach menschlichem Ermessen zu erwarten sein, daß die Liquidität der Arbeiterbank und auch die der Sparkassen unserer Konjunktionsvereine auch in kommender Zeit aufrechterhalten werden kann.

### Stegerwald über Löhne und Preise.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach kürzlich in Hamm i. W. vor Vertrauensleuten der katholischen Arbeitervereine. Seine Rede ist wegen einzelner Auslassungen bemerkenswert. Bei der Veröffentlichung der Notverordnung, so erklärte der Minister, ist bereits mitgeteilt worden, daß im Herbst in Verbindung mit der Sanierung der Invalidenversicherung eine organische Vereinigungs- und Verbilligungsreform der Sozialversicherung beabsichtigt ist. Daneben sind Reformen in der Wirtschaftspolitik und der Staatsorganisation unvermeidbar. Dieser gute Wille würde durchkreuzt, wenn die

Privatwirtschaft nicht in gleichem Maße wie die öffentlichen Stellen zu sparen gewillt ist. Diese hat mit vielen Milliarden kurzfristigen Auslandsschulden Investitionen in ihren Betrieben vorgenommen und damit teilweise von Woche zu Woche Löhne gezahlt. Auf dem Gebiete der Lebensmittellieferung und Lebensmittellieferung gibt es in der deutschen Privatwirtschaft noch viel zu erörtern. Die Dinge sind nicht zu meistern durch den einseitigen Sturm auf die Löhne, das Schlichtungswesen und die Sozialversicherung. Durch Agrarzölle, Subventionen, unwirtschaftliche Preisbindungen mittels Kartellen und Konventionen, durch den aufgeblähten Verwaltungsapparat in der öffentlichen und Privatwirtschaft ist das deutsche Volk heute mehr belastet als durch die gesetzliche Sozialversicherung, wovon die Hälfte der Kosten die Versicherten selbst aufbringen. In Deutschland vorausgesehen die breiten Massen etwa 70 Proz. ihrer Einkommen für Lebensmittel, Wohnung und Verkehrsmittel. Nach Anpassung der deutschen Lebensmittelpreise sowie der Preise für Wohnungen und Verkehrsmittel an den europäischen Durchschnitt läßt sich sehr wohl über eine weitere Berringerung der Löhne reden. Das Entscheidende ist die Kaufkraft der Löhne. In anderen Ländern ist man der Meinung, daß der Weltmarktpreis die Basis für alle übrigen Preise abzugeben hat und die Weltwirtschaftskrisis nur durch Anpassung an diese Preise beseitigt werden kann. Die Verwirklichung dieser These würde eine Kürzung der Löhne um rund zwei Drittel des gegenwärtigen Standes notwendig machen. Davon kann in Deutschland keine Rede sein.

In den Auslassungen des Ministers finden zweifellos gute Gedanken. Als verfehlt halten wir aber die Ansicht, daß bei einem Abbau der Lebenshaltungskosten weitere Lohnsenkungen möglich seien. Vorläufig steigen die Lebenshaltungskosten. Aber auch selbst wenn sie fielen, müßte erst der Kaufkraftausfall ausgeglichen werden, den die deutsche Arbeiterschaft seit einem Jahr zu erleiden hat. Das muß unter allen Umständen beachtet werden. Eine wichtige Feststellung gilt es aber nachmals festzuhalten: Subventionen, unwirtschaftliche Preisbindungen und der aufgeblähte Verwaltungsapparat der öffentlichen und privaten Wirtschaft belasten das Volk mehr als die Sozialversicherung.

### Das Fiasto der Mineralwassersteuer.

Der Ertrag, den die Mineralwassersteuer im vergangenen Rechnungsjahr bringen sollte, war auf 35 Millionen Mark veranschlagt worden. Vereinnahmt wurden in Wirklichkeit nur 15 Millionen. Zieht man von dieser Summe die Erhebungskosten und den Ausfall an anderen Steuern ab, der sich bei der in Frage kommenden Industrie infolge des starken Abwärtsganges ergab, so dürfte das Reich ein recht schlechtes Geschäft gemacht haben. Wir wollen annehmen, daß die Regierung nach diesen Erfahrungen die von der Sozialdemokratie befämpfte Besteuerung alkoholfreier Getränke endgültig fallen läßt.

### Der aktuelle Daumier.



Die schlechte Nachricht.

In einer der interessantesten Privat-Kunstsammlungen des Kontinents, die nicht nur der Leidenschaft für erstklassige Kunstwerke, sondern auch dem stets wachsenden Bedürfnis eines sorgfältig arbeitenden Schriftstellers ihr Dasein verdankt, in der Kunstsammlung von Eduard Fuchs, hängen Arbeiten von Honoré Daumier neben allem chinesischem Porzellan und chinesischen Plakaten. Die uralten Zeugen einer sagenhaft gewordenen Vergangenheit „vertragen“ sich gut mit den Gemälden und Lithographien eines Künstlers aus dem vorigen Jahrhundert. Etwas Gemeinsames ist in ihnen, und dieses Gemeinsame ist das faun näher zu bestimmende Etwas, das den Hauptbestandteil alles Künstlerischen ausmacht. Eduard Fuchs, der beste Kenner Daumiers, hat dem größten „Wohlplatzzeichner“ des vorigen Jahrhunderts also auch äußerlich einen Platz angewiesen in der Reihe der „Ewigkeitswerte“, in der Reihe jener Kunstwerke, die über ihre Zeit hinaus Geltung behalten.

Aber von dieser aktuellen Bedeutung Daumiers soll nicht die Rede sein. Die Geltung des bedeutendsten Karikaturisten Frankreichs ist nicht auf ästhetische Dinge beschränkt. Er war groß in der Form, aber diese Form war ihm nur Mittel zum Zweck,

sie war ihm Ausdrucksmittel für sein politisches Bekenntnis.

Die bürgerlichen Kunsthistoriker haben sich auf die Tatsache gestützt, daß Daumier oft versucht hat, Tagesarbeit für die Politik abzustreiten und in die bequihliche Ruhe des Malateliers zurückzukehren, und sie haben einen gelegentlichen Blick auf das Schrempfen der Karikatur zu einem anhaltenden seelischen Konflikt aufgebaut, der das Dasein des Malers beschattete und sein Leben für die Kunst zermürbt habe. Es ist richtig, Daumier hat oft die Absicht gehabt, den Lithographen mit der Staffelei zu tauschen. Warum aber hat er diese Absicht nicht verwirklicht?

Es war nicht nur der Mißerfolg, der seiner Malerei bis an das Ende seines Schaffens den Weg versperrte. Nein, Daumier verwarf die Pressearbeit nur dann, wenn es für ihn keine Möglichkeit gab, politisch deutlich zu werden. Er warf sofort den Pinsel hin und stürzte der politischen Karikatur begeiftert in die Arme, wenn revolutionäre Ereignisse die bis dahin gefesselte Presse befreit hatten. Aus seinem Schaffen läßt sich die Geschichte der Klassenkämpfe in Frankreich von 1830 bis 1872 ablesen. Nur die Pausen zwischen den Monaten des offenen Kampfes füllte Daumier mit unpolitischen Arbeiten aus, mit Atelierarbeit und mit dem üben Broterwerb für banale Wühlblätter — ob, er veruchte auch hier politisch zu sein, und seine soziale Satire entsprang der Erkenntnis und dem Gefühl, daß die bestehende Gesellschaftsordnung wert ist, umgestoßen zu werden. Das Barometer seines seelischen Konflikts stieg und fiel mit den Schwankungen der politischen Temperatur.

Ja, dieser Daumier hat nicht nur Wiße auf den kleinen Bürger gemacht, der auf das Kapital schimpft und sich vor dem Volkswismus fürchtet und deshalb im entschuldenden Augenblick bereit ist, auf die Arbeiter zu schließen. Daumier hat nicht nur die kleinen Laster und Dummheiten des Bürgers

verpöht, sondern er hat auch die großen Verbrechen dieser Klasse festgehalten, die Jämlichkeit ihrer Innenpolitik, die Niedertracht ihrer Außenpolitik, ihren Eiertanz zwischen Republik und Monarchie.

Fünzig Jahre sind seit seinem Tode vergangen. Und seine politischen Zeichnungen sind noch immer aktuell! Es hat sich viel ereignet in diesen fünf Jahrzehnten, aber nicht genug, um uns die Ruhe des Rückblicks zu gestatten. Fünzig Jahre! Inzwischen hat jedes zerstückerte Blatt von Daumier Sammlerwert bekommen. Aquarelle, für die er mit Mühe und Not 50 Franc bekam, kosten jetzt Tausende, und die Museen reihen sich darum. Daumier, das ist ein aktuelles Wort für den Kunstmarkt.

### Beiter nichts?

Das Leben eines kämpferischen Menschen erwartet Antwort von uns. Lernen wir es kennen! Das jetzt als Prämie für die Werbung von zwei Mitgliedern der Böhrgilde Gutenberg, Berlin, herausgekommene Buch „Daumier“ von Erich Krauß erzählt begeistert und lebendig von Daumier und seiner Zeit, und es enthält zahlreiche Abbildungen aus allen Schaffensperioden dieses größten Zeichners des vorigen Jahrhunderts. Das Buch hat das Format und den Umfang der Bildenbücher der Normalreihe. Schon die erstaunlich große Zahl der Abbildungen macht das Werk begehrenswert.



# Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit am Schluß des 2. Quartals 1931.

Gau	Lederwaren- arbeiter		Tapezierer		Fahrzeugbau		Treibriemer		Sonstige Branchen		Zusammen		Zus- gesamt	Außer- dem Lehr- linge	Auf das Hundert	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich			Ende März 1931	Ende Juni 1931
<b>Mitgliederstand Ende Juni 1931:</b>																
Ostgau	1 670	445	2 213	205	925	91	182	3	613	20	5 003	764	6 367	347	—	—
Nordgau	289	96	1 430	140	282	12	203	34	292	6	2 496	288	2 784	349	—	—
Mitteldeutscher Gau	346	125	619	33	364	213	109	—	141	1	1 579	372	1 951	169	—	—
Gau Sachsen	788	428	919	99	454	56	248	22	262	10	2 671	615	3 286	194	—	—
Gau Bayern	492	521	553	35	125	32	103	—	85	34	1 358	622	1 980	161	—	—
Südwestgau	3 001	1 293	789	87	626	55	96	—	43	—	4 555	1 345	5 900	251	—	—
Gau Rheinland-Westfalen	443	174	950	221	371	23	201	10	72	2	2 037	430	2 467	133	—	—
Zusammen	7 029	2 992	7 473	820	3 147	482	1 142	69	1 508	73	20 299	4 436	24 735	1 624	—	—

<b>Es waren Ende Juni 1931 arbeitslos:</b>																
Ostgau	820	145	1 082	71	529	31	80	2	250	16	2 761	265	3 026	—	48,4	47,5
Nordgau	152	26	1 012	80	126	4	53	—	153	—	1 496	110	1 606	—	55,4	57,7
Mitteldeutscher Gau	176	30	324	21	178	97	37	—	48	1	763	149	912	—	46,0	46,7
Gau Sachsen	448	117	648	43	210	4	106	9	152	—	1 564	173	1 737	—	52,4	52,9
Gau Bayern	308	257	337	19	69	12	53	—	31	13	798	301	1 099	—	53,5	55,5
Südwestgau	1 452	368	372	18	261	17	16	—	21	—	2 122	493	2 525	—	40,1	42,8
Gau Rheinland-Westfalen	167	44	458	46	125	8	50	1	28	1	828	109	928	—	42,0	37,6
Zusammen	3 523	987	4 233	298	1 498	173	395	12	683	31	10 332	1 501	11 833	—	47,4	47,8

<b>Kurzarbeiter waren Ende Juni 1931 vorhanden:</b>																
Ostgau	132	31	141	17	76	9	18	—	114	11	481	68	549	—	10,1	8,6
Nordgau	73	1	40	2	70	8	16	2	5	—	144	13	157	—	5,3	5,6
Mitteldeutscher Gau	104	61	76	—	41	57	12	—	10	—	243	118	361	—	7,2	18,5
Gau Sachsen	110	69	122	21	44	2	85	5	14	—	375	97	472	—	15,4	14,4
Gau Bayern	69	101	73	5	34	8	18	—	—	12	194	126	320	—	17,8	16,2
Südwestgau	1 275	403	80	11	68	7	51	—	4	—	1 478	421	1 899	—	29,5	32,2
Gau Rheinland-Westfalen	93	66	100	62	78	10	17	—	8	—	296	138	434	—	18,1	13,5
Zusammen	1 796	732	632	118	411	101	217	7	155	23	3 211	981	4 192	—	16,2	16,9

<b>Es arbeiteten verkürzt:</b>																		
Ende Juni 1931	in Prozent Ende		Pro Hundert betrug die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit:															
	Männl.	Weibl.	Ende Dez. 1930	Ende März 1931	Arbeitslosigkeit:						Kurzarbeit:							
1 bis 8 Stk.	771	117	888	3,6	3,1	3,6	Lederwarenarbeiter	31,8	36,7	44,5	43,6	45,0	Lederwarenarbeiter	26,9	30,2	34,2	23,9	25,2
9 „ 16 „	682	175	857	5,7	4,4	3,5	Tapezierer	36,8	42,5	51,7	54,1	54,6	Tapezierer	10,1	12,2	9,0	8,1	9,0
17 „ 24 „	1 602	640	2 242	10,7	7,8	9,0	Fahrzeugbau	36,9	51,6	53,9	50,6	46,0	Fahrzeugbau	19,7	17,4	19,6	10,9	14,1
25 u. mehr „	156	49	205	2,2	0,9	0,8	Treibriemer	22,1	27,0	34,0	32,1	33,6	Treibriemer	31,0	29,9	31,4	30,2	18,5
							Sonst. Branchen	32,7	33,7	40,3	41,8	45,2	Sonst. Branchen	12,3	15,2	14,6	11,2	11,3

Rechnet man die auf Vollarbeiter umgerechneten Kurzarbeiter zu den tatsächlichen Vollarbeitern hinzu, so beträgt am Schluß des zweiten Quartals 1931 der Anteil der Vollbeschäftigten 45,9 Proz. gegenüber 46,7 Proz. Ende März 1931. Bei den einzelnen Branchen betragen die entsprechenden Prozentätze: Lederwarenarbeiter 44,5 (47,0), Tapezierer 42,3 (45,6), Fahrzeugbau 49,8 (45,7), Treibriemer 60,2 (58,7) und „Sonstige Branchen“ 52,6 (55,4). Von den männlichen Verbandmitgliedern — ohne Lehrlinge — waren Ende des zweiten Quartals 1931 arbeitslos 50,9 Proz.; von den weiblichen 33,8 Proz.

## 10 Jahre Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.

Am 10. Juni 1931 konnte das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und deutsche Rationalisierungsbewegung auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Der 280 Seiten starke Jahresbericht für 1930 gibt eine ausführliche Schilderung des Inhalts und Zwecks der behandelten Rationalisierungsaufgaben. Der Bericht wendet sich gegen irrümlische und einseitige Bezeichnungen (z. B. Mechanisierung, Motorisierung, Fusionierung usw.). Das RKB hält demgegenüber fest an einer richtig verstandenen Rationalisierung, als der „Erfassung und Anwendung aller Mittel, die Technik und planmäßige Ordnung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit bieten“.

An diese Feststellungen grundsätzlicher Art schließt sich ein Ueberblick über Ausbau und Arbeitsweise der RKB an. Das RKB arbeitet, wie der Bericht sagt, im Interesse der Sicherstellung einer völligen Objektivität ausschließlich mit Reichsmitteln. Ingesamt sind in den sechs Etatsjahren 1925/26 bis 1930/31 vom Reich 6 290 000 Mark bewilligt worden. Bei der fortgesetzten Verknappung der dem RKB zur Verfügung gestellten Reichsmittel (im laufenden Etatsjahr 120 000 M.) konnten nur noch die dringlichsten Arbeiten durchgeführt werden. Außerdem ist nunmehr der Fortbestand der RKB selbst in Frage gestellt.

In übersichtlicher Form vermittelt der Bericht einen Einblick über die vom RKB und den ihm nahestehenden Unterausschüssen bearbeiteten Aufgaben und in die erzielten Arbeitsergebnisse. Es ist Wert darauf gelegt worden, zu einer Leistungssteigerung nicht nur in quantitativer, sondern auch in qualitativer Hinsicht beizutragen. Dabei mußte im Einzelfalle eine Prüfung nach kaufmännischen Gesichtspunkten erfolgen. Die Unterlagen für die Durchführung solcher Prüfungen zu beschaffen, ist u. a. Aufgabe der Betriebsstatistik, der Betriebsvergleiche, der Richtzahlen, der Betriebsunternehmungen und der Haushaltsplanung, über die der Bericht einen Ueberblick bietet.

Von den auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen Rationalisierung durchgeführten Arbeiten seien besonders diejenigen erwähnt, die sich um die Frage „Mensch und Rationalisierung“ gruppieren: Arbeits- und Berufsausschle, Berufsausbildung, Bestgestaltung der Arbeit in arbeitsphysiologischer und arbeitspsychologischer Bedeutung. In diesen Fragenkreis gehört vor allem

auch eine Klärung der viel umstrittenen Zusammenhänge zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Ausgehend von der Tatsache, daß die Wirtschaft von den angeführten Arbeiten und deren Ergebnissen Gebrauch macht, richtet das Kuratorium an die maßgebenden Wirtschaftskreise, die Behörden und an die zuständigen Stellen der Reichsregierung die Aufforderung, die Arbeiten des RKB auch in Zukunft sicherzustellen.

## Der „englische Arbeitstag“ in der Lederindustrie.

Auf Veranlassung der französischen Landesorganisation hatte das Internationale Sekretariat der Schuh- und Lederindustriearbeiter an die angeschlossenen Verbände eine Umfrage gerichtet über die Verbreitung und die Beurteilung, die der sogenannte „englische Arbeitstag“ (durchgehende Arbeitszeit mit einer bis zwei kurzen Pausen) gefunden hat. Das Sekretariat veröffentlicht nunmehr die Resultate dieser Umfrage nach Ländern geordnet:

**Belgien.** Die belgische Arbeiterschaft ist gegen die Anwendung des englischen Arbeitstages, ganz besonders bei der heutigen Beschleunigung des Arbeitstempes, die die Rationalisierung mit sich gebracht hat.

**Dänemark.** In der Lederindustrie beträgt die Arbeitszeit in den großen Betrieben 8 1/2 Stunden täglich an den ersten fünf Wochentagen, Sonnabends 5 1/2 Stunden. Die Pausen sind eine halbe Stunde für Frühstück und eine halbe Stunde für Mittag und sind nicht in die Arbeitszeit eingerechnet.

Die Sattler in Kopenhagen haben englische Arbeitszeit; in den Provinzorten und in den schwedischen Betrieben sind 1 1/2 Stunden Mittagspause gemacht. Auf diese Pause wollen die Arbeiter dieser Bezirke keinesfalls verzichten.

In der Schuhindustrie ist der englische Arbeitstag fast überall in Anwendung. Mittags ist eine halbstündige Pause, die in die Arbeitszeit nicht eingerechnet ist. Die Schuharbeiter legen Wert auf möglichst frühzeitigen Schluß des Arbeitstages.

**Deutschland.** In der Lederindustrie ist in den großen Städten der englische Arbeitstag in Anwendung, während in ländlichen Bezirken die Arbeiter mittags zum Essen heimgehen.

In der Sattler- und Portefeulleindustrie überwiegt die Anwendung des engli-

chen Arbeitstages — zwei halbstündige Pausen, vormittags und mittags, die nicht in die Arbeitszeit eingerechnet sind. Die Arbeiterschaft legt Wert auf diese Regelung der Arbeitszeit, um einen Teil des Nachmittags frei zu haben.

In der Schuhindustrie ist der englische Arbeitstag nur in den größeren Städten üblich; die Mehrheit der Schuharbeiterschaft verlangt eine längere Mittagspause, um das Mittagessen in der Familie einnehmen zu können.

**England.** Der sogenannte „englische Arbeitstag“ ist in der englischen Schuhindustrie nicht gebräuchlich. Die Mittagspause beträgt in der Regel 1 bis 1 1/4 Stunden.

**Frankreich.** Die englische Arbeitszeit ist nicht üblich in der französischen Schuh- und Lederindustrie, und die Arbeiterschaft würde mit ihrer Einführung auch nicht einverstanden sein.

**Norwegen.** Die Einteilung des Arbeitstages in der Schuhindustrie ist folgende: in den ersten fünf Wochentagen 8 1/2 Stunden, ausschließlich der Frühstückspause von 20 Minuten und Mittagspause von 40 Minuten; Sonnabends 5 1/2 Stunden Arbeitszeit, 20 Minuten Frühstückspause. Diese Anordnung wünscht die Arbeiterschaft beibehalten.

**Oesterreich.** Der englische Arbeitstag ist an solchen Orten in Anwendung, wo die Arbeiter mittags nicht heimgehen können.

**Schweden.** Die Einteilung des Arbeitstages wird in den einzelnen Betrieben selbst geregelt entsprechend den Wünschen der Arbeiterschaft. Es gibt eine ganze Reihe von Fabriken, die den englischen Arbeitstag eingeführt haben.

**Tschechoslowakei.** Der englische Arbeitstag ist nicht üblich. Die Bevölkerung ist gewöhnt, mittags ihre Hauptmahlzeit einzunehmen.

**Ungarn.** Der englische Arbeitstag ist nicht üblich.

## Auch eine Grabinschrift!

BdB. Die Weltzeitung Oberbadischer Industriebetriebe veröffentlicht folgende typisch amerikanische Inschrift, die auf einem Grabstein des kleinen Friedhofs in Toronto (U.S.A.) steht: „Hier liegt John Dixon. Er steckte ein Streichholz an, um nachzusehen, ob sich noch Benzin im Tank befindet. — Benzin war vorhanden. Alter 50 Jahre.“

### Streiks und Lohnbewegungen.

#### Tapezierer:

Dresden. Vor dem Schlichtungsausschuss Dresden wurde am 1. Juli ein Schlichtungsbescheid gefällt, der den Normallohn um 2 Pfennig fürzt. Danach beträgt mit Wirkung vom 1. Juli 1931 bis 31. März 1932 der Tariflohn 1,13 Mf.

Wiesbaden. Die vor dem Schlichtungsausschuss getroffene Vereinbarung legt den Lohn bis zum 15. November 1931 auf 1,08 Mf. fest.

Böblingen. Mit der Vereinigten Sattler- und Tapezier-Innung Böblingen wurde neben einem neuen Tarifvertrag auch ein neuer Lohnarif abgeschlossen. Danach beträgt der Tariflohn vom 1. Juli 1931 bis zum 30. April 1932 0,90 Mf.

### Almosen für die Arbeitslosen!

(IGB.) Trotzdem sich auf dem letzten amerikanischen Gewerkschaftskongress verschiedene Delegierte zugunsten der Arbeitslosenversicherung einsetzten und im amerikanischen Parlament einzelne Abgeordnete das Wort zugunsten der Sozialversicherung ergriffen, hört man heute nicht mehr viel von dieser „Neuorientierung“. Die Mehrheit der dem amerikanischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen steht ohne Zweifel auch heute noch auf dem Standpunkt, daß die Arbeitslosenversicherung eine „Beeinträchtigung der Freiheit des Arbeiters“ bedeutet und überdies den Charakter eines Almosens hat. Diese Einstellung schafft jedoch nicht die Frage aus der Welt, wie den Arbeitslosen geholfen werden soll. Diese Frage wird besonders brennend, wenn die Leinzeit gerade von amerikanischer Seite für den Herbst vorausgesagte Ueberwindung der Wirtschaftskrise ausbleibt (was ziemlich sicher der Fall sein wird). Wird dann nicht gerade jenes Mittel die einzige Hilfe sein, das man im Interesse der Wahrung der Freiheit ausgeschaltet wissen wollte, d. h. das Almosen? Eine Wendung des Presbidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes scheint diese Annahme zu bestätigen. Schon hat nämlich der Vorsitzende des von Hoover eingesetzten Komitees für Arbeitsbeschaffung eine große Kampagne eingeleitet, um „zur Unterstüzung der unglücklichen Arbeitslosen des nächsten Winters einen Wohltätigkeitsfonds im Betrage von 90 Millionen Dollar zu sammeln. Dieser Fonds soll als „private dole“ (privates Almosen) unter der Leitung von privaten Wohltätigkeitsgesellschaften zur Verteilung gelangen. Auf welche Werte wird nun die Menschenwürde besser gemacht: wenn der Arbeiter auf Grund der Arbeitslosenversicherung — zu der er selbst kein Teil beiträgt — eine ihm rechtmäßig zustehende Unterstüzung bezieht oder wenn er privater Wohltätigkeit ausgeliefert ist?

### Gehäßige Arbeitgeberberichterstattung.

In der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ (Nr. 13 vom 1. Juli 1931) wird über die Umzüge der Konsumgenossenschaften berichtet. Gleich im ersten Satz heißt es: „Der Zentralverband deutscher Konsumvereine (sozialistisch) ...“ u. m. Es sollte dem „Arbeitgeber“ bekannt sein, daß der Name des Zentralverbandes den Juhaz „sozialistisch“ nicht führt und auch im übrigen infolge seiner absolut neutralen Haltung mit politischem Sozialismus nicht das geringste zu tun hat. In der weiteren Berichterstattung wird nun offenbar mit einer gewissen Genugtuung auf die Umschuldung bei den Konsumgenossenschaften in der letzten Zeit hingewiesen und dann in bezug auf die vorteilhafte Umschuldung in den eigenen Herstellungsbetrieben der Großverkaufsgesellschaft gesagt: „Der Umsatz aus eigenen Herstellungsbetrieben soll neuerdings eine Steigerung von 123 Millionen auf 197 Millionen Mark erzielt haben“. Sozial Anstand traue das Arbeitgeberorgan der Konsumgenossenschaftsbewegung wohl nicht zu, daß sie über günstige Ergebnisse wahrheitsgetreu berichtet. Anscheinend sind derartige Methoden bei den „Arbeitgebern“ gang und gäbe, so daß man diesen kurzen Bericht als einen Hinweis dafür betrachten muß, wie man sich gegenüber den literarischen Erzeugnissen dieser Leute zu verhalten hat.

### Aus der Gewerkschaftsbewegung

Überlebend des IGB. nach Berlin. In den ersten Juliagen ist das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam nach Berlin übergesiedelt und hat sein neues Heim in Berlin S. D. 16, Köpenicker Str. 113, bezogen. Mit dem Büro ist außer dem Internationalen Sekretär W. Schevenels der größte Teil des bisherigen Personals nach Berlin gekommen.

Der Sitz der internationalen Gewerkschaftsbewegung war von Anfang an Berlin und ihre Leitung lag in den Händen von Carl Legien. Der Krieg führte zunächst dazu, in Amsterdam, in den neutralen Niederlanden, eine Zweigstelle des Inter-

nationalen Gewerkschaftssekretariates unter der Leitung des Genossen Dubegeest zu errichten, bis dann nach dem Kriege die internationale Gewerkschaftsbewegung, enger als vordem, im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengefaßt wurde, der Amsterdam als seinen Sitz beibehielt. Die Ausschaltung Berlins war weniger aus sachlichen als aus psychologischen Erwägungen erfolgt. Im Laufe der Nachkriegszeit ergab sich, daß Amsterdam auf die Dauer nicht der geeignete Mittelpunkt der Gewerkschaftsinternationale war. Auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu Paris trat dies unliebsam in Erscheinung.

Der Sitz der Gewerkschaftsinternationale ist an seinen Ausgangspunkt zurückgekommen. Die frühere Personalunion ist fortgefallen. Auch die Gegner der Sigerverlegung werden ihre Gedanken gegen Berlin fallen lassen, da das nötige Gleichgewicht durch den Vorzug des englischen Genossen Citrine und des Generalsekretärs Genossen Schevenels gewährleistet ist.

### Rundschau

Russische Möbelpreise. Die Abendausgabe der „Krasnaja Gazeta“ vom 9. Juli gibt bekannt, daß die Sparkassen Sonderkonten für Einzahlung von Beträgen zum Erwerb von Möbeln und Einrichtungsgegenständen eingerichtet haben. Zugleich werden die Preise mitgeteilt, die diesem Zwecksparkkassen zugrundegelegt werden. Es kosten: Kleiderkörbchen aus Eiche 145 und 175 Rubel, aus Birnholz 101 Rubel, Schimmerrische aus Eiche 81 Rubel, Holzbettstellen 60 Rubel, Koffharmatragen 75 Rubel, Kissen (nicht mehr als zwei Stück je Käufer) 10 Rubel, Schlafsaftelbogen 225 Rubel.

Errichtung einer internationalen Linoleumfabrik. Die Schottische Großverkaufsgesellschaft beabsichtigt eine Linoleumfabrik zu errichten. Diese Anregung, die mit der in den letzten Jahren festzustellenden allmählichen Verschmelzung der Linoleumfabriken in Verbindung steht und zudem auf die Belorgnis zurückzuführen ist, der gesamte Linoleumhandel könnte auf eine internationale Vereinigung übergehen, ist mit Rücksicht auf das Interesse, daß ihr in der Genossenschaftsbewegung der nordeuropäischen Staaten entgegengebracht wird, bedeutungsvoll. Die Genossenschaften dieser Staaten haben nicht nur versprochen, daß der geplante Fabrik ihren Bedarf zu decken, sondern sie haben sich auch bereit erklärt, sich an der Bildung des erforderlichen Geschäftskapitals von insgesamt 120 000 Pfund Sterling zu beteiligen. Vertreter der Schwedischen Großverkaufsgenossenschaft (Kooperativa Forbundet) erklärten, daß diese bereit sei, einen Geschäftsanteil in Höhe von 25 000 Pfund Sterling zu übernehmen oder diesen Betrag in der Schottischen Großverkaufsgesellschaft zu investieren. Auch der Kongress des Norwegischen Genossenschaftsverbandes und der Norwegischen Großverkaufsgesellschaft hat 5000 Pfund Sterling für das geplante Unternehmen zur Verfügung gestellt. Eine Beihilfe kann auch von den finnischen Genossenschaften erwartet werden.

Krise und Wirtschaftsforschung. In wachsendem Maße hat die Krise die Schaffung von staatlichen und anderen zentralen Wirtschaftsorganen zur Folge. So liegt der kanadischen Regierung zurzeit ein Entwurf zur Schaffung eines Landesrates für Wirtschafts- und Sozialforschung vor, dessen Aufgabe darin besteht, die gewerbliche Erzeugung und ihre Verteilung in Kanada zu führen und zu regeln.

Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat eine Gruppe von Persönlichkeiten kürzlich eine Erklärung für die Errichtung eines Zentralorgans zur Herabsetzung der Zolltarife gefordert, mit der Begründung, daß diese Zölle heute keine politische oder nationale Angelegenheit mehr seien, sondern angeht ihrer Folgen auf die Weltwirtschaft einer Herabsetzung bedürften.

Technische Vorschläge machte der ehemalige Leiter der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes in bezug auf die Organisierung der Wirtschaft Indiens. Er schlägt der indischen Regierung die Errichtung von Wirtschaftsämtern vor.

Abstimmungsergebnis über Rechtschreibreform. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker veranstaltete in den Monaten Mai und Juni eine Abstimmung über die Reform der Rechtschreibung. An der Abstimmung haben sich zusammen 26 878 Personen beteiligt; davon 24 423 Buchdrucker. Für die Frage 1: Ich bin für eine Reform der Rechtschreibung unter Beibehaltung der Großbuchstaben nur für Sagananfänge und für geographische sowie Eigennamen, stimmten 14 363; für die Frage 2: Ich bin für eine Reform mit absoluter Kleinschreibung, stimmten 6300; für die Frage 3: Ich bin für die Beibehaltung der jetzt geltenden amtlichen Rechtschreibung, entschieden sich 6215. Von den 24 423 Buchdruckern stimmten 13 102 für 1, 5237 für 2, 6084 für 3. Nach Parteien geordnet ergibt sich folgendes Bild: Es beteiligten sich 14 308 Handwerker; davon 7215 für 1, 3594 für 2, 3497 für 3; 2464 Maschinenföher insgesamt; davon 1891 für 1, 284 für 2,

789 für 3; von den 1205 abstimmenden Korrektoren entschieden sich 768 für 1, 142 für 2 und 295 für 3; 6003 Drucker stimmten ab; davon 3460 für 1, 1156 für 2, 1387 für 3; von den Stereotypenreuen beteiligten sich 347 an der Abstimmung, davon 217 für 1, 55 für 2, 75 für 3; von den 96 abstimmenden Schriftgelehrern waren 51 für 1, 4 für 2 und 41 für 3. Bemerkenswert ist, daß sich auch 2455 Personen anderer Berufe, darunter Lehrer, Maler, Graphiker, Holzarbeiter und andere beteiligten.

### Bücherschau

Kohlenpott, ein Buch von der Ruhr. Das Buch „Kohlenpott“ von Georg Schwärz, — jetzt bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin, als reich illustrierter Treimarckband erschienen — zeigt das Ruhrgebiet in seiner ganzen Größe und Bedeutung und führt freuz und quer durch Industrie und Landschaft, durch Soziales und Geistiges. Eine neue heimische Welt mit sich an.

Georg Schwärz, der nicht nur einmal an die Dinge, die er beschreibt, herangegangen ist, sondern der das Ruhrgebiet gut kennt („Von Rindbeinern an“), erzählt vom Schaffen des Bergmanns in der Tiefe, von den Gefahren seiner Arbeit, von seinem jämmerlichen Lohn und seinen trostlosen Daseinsverhältnissen. Er hat die Werte von Krupp beachtet und berichtet von der Geschichte und den Ausbeutungsmethoden dieser Riesenfirma, er erzählt von Arbeitsphysiologischen Instituten und vom Tinte, dieser neuesten Schöpfung der Unternehmer, in der allem das Gas zusammengebaut wird, das die Situationen des Klassenkampfes vernebelt soll. Wir erfahren von Schwärz, was der arbeitende Mensch in seinen wenigen Wochentunden treibt, wir hören von seinen Organisationen und von der samperfüllten Geschichte des Bergarbeiter-Verbandes. Der Autor vertritt es, Landeshaupten und Städtebilder zu zeichnen, er beschreibt das Betriebsleben, das die ungeheure Produktion zu verstanden hat, und mit lernen auch der Versuch kennen, die dieses würdigen zusammengeworfene Ecken von Straßen, Säulen, Stauden, Gleisanlagen, Städten und Dörfern Ordnung zu bringen. Da ist kaum ein Teilgebiet, das Schwärz beiseite gelassen hätte.

Was seine Betrachtungen vorteilhaft von anderen unterscheidet, das ist der geschäzte Blick des Sozialisten, der die gesellschaftlichen Zusammenhänge sieht und der die wirklichen Kräfte und Mächte dieser industrialisierten Welt erkannt hat. Auf den letzten Seiten seines Buches leben wir den Hoffenbewußten Arbeiter anstehen, zwischen den Reichen erhebt sich diese große dunkle Gestalt aus ihrer gebildeten Rumpel, und diese wollen sich in der Erwartung unumschreiblicher Rämpel. Es wird ein Tag kommen, an dem der Ruhrpott den Sieger der Weltuhr auf die Stunde der Entscheidung rückt.

Am Verlag J. F. W. Diez Nachfolger, G. m. b. H., Berlin SW 68, sind neu erschienen:

Die Toten mahnen: Nie wieder Krieg. Von Franz Künzler, W. d. R. In dieser Schrift weist Genosse Künzler an der Hand des offiziellen Wortes „Der Weltkrieg“ nach, daß der Krieg für Deutschland nicht durch den verurteilten „Dolchstoß“ in den Rücken des Heeres, sondern durch die Fehler der obersten Führer verloren ging.

Die politische Krise der Gegenwart. Von Rechtsanwalt Gansberg, W. d. R. Den unübersehbaren Zuständen der Gegenwart und dem angestrebten parlamentarischen nationalsozialistischen System stellt Gansberg die Demokratie mit ihrer Zerschlagung der Waffen, mit ihren Staatsmännern von Formet entgegen.

Seit 3 der „Sozialdemokratischen Lehr- und Leseblätter“: Marx, Engels und der kapitalistische Staat. Herausgegeben und eingeleitet von J. B. Mayer. Das 48 Seiten starke Bändchen kostet nur 60 Pf. Mit dem vorausgegangenen Teil der Sammlung: Marx, Engels und der kapitalistische Staat 1844 bis 1860 bilden beide Bände das jetzt herausgekommene behandelt die Zeit von 1860 bis 1885; eine wissenschaftlich gut fundierte Darstellung des wissenschaftlichen Sozialismus.

### Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsvereinigungen)

Vom 20. Juli bis 26. Juli ist der 30. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichtarten über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Juli 1931 sind bis zum 5. August an die Hauptverwaltung einzuwenden. Etwaig in Sonnabenden, 25. Juli 1931.

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft können zurückblicken:

Augsburg. Anton Wagershofer. Mähelm (Ruhr). Peter Hundertmark.

### Veranstaltungskalender

Jah. Unsere für den Monat August fällige Mitgliederversammlung fällt aus. Die Ortsverwaltung.

### Sterbetafel

Berlin. Am 19. Juli schied unser Verbandsmitglied, der Sattler Kollege Erik Kälig, im Alter von 44 Jahren aus dem Leben.

Offenbach a. M. Am 14. Juli starb unser Mitglied, der Sattler Karl Dorckel, 32 Jahre alt.

Wiesbaden. Am 8. Juli starb im Alter von 51 Jahren unser rühriger Vorstandsmitglied und treues langjähriges Verbandsmitglied, der Sattler Kollege August Wetters.

Ehre ihrem Andenken.